



Antrag auf Finanzierung von Ausbildungsprogrammen für die Betriebe des Solidaritätsfonds lt. Art. 26 ff. des GvD Nr. 148/2015 - 1/3

AN DAS KOMITEE DES SOLIDARITÄTSFONDS

ÜBER DIE NISF-AMTSSTELLE

● Personaldaten des Antragstellers

- Inhaber gesetzlicher Vertreter

NACHNAME NAME

STEUERNUMMER GEB. AM TT/MM/JJJJ

IN PROV. STAAT

STAATSBÜRGERSCHAFT

WOHNHAFT / DOMIZIL IN *

PROV. STAAT

ANSCHRIFT PLZ

TELEFONNR. ** HANDYNR. **

E-MAIL-ADRESSE ***

● Daten des Betriebs, der die Finanzierung von Ausbildungsprogrammen beantragt

Betriebsbezeichnung _____ Gruppe _____

Steuernummer _____ Matrikelnr. _____ Bewilligungskode _____

Rechtssitz / Hauptsitz _____ Gemeinde _____

Prov. _____ PLZ _____ Telefon _____ Mobiltelefon _____

E-Mail-Adresse _____ PEC-Adresse _____

* Falls Wohnsitz und Domizil des Antragstellers nicht übereinstimmen, ist das Domizil anzugeben.

** Mindestens eine der Angaben ist Pflicht. Bei Angabe der Handynummer kann das NISF automatische SMS-Mitteilungen zur beantragten Leistung senden.

*** Fakultative Angabe (über die E-Mail-Adresse können Mitteilungen zur beantragten Leistung gesendet werden).

Antrag auf Finanzierung von Ausbildungsprogrammen für die Betriebe des Solidaritätsfonds lt. Art. 26 ff. des GvD Nr. 148/2015 - 2/3

● Leistungsdaten

Zu finanzierender Gesamtbetrag Euro _____

Ausbildungszeitraum vom (TT/MM/JJJJ) _____ bis (TT/MM/JJJJ) _____

Ausbildungsstunden _____ Anzahl der Beschäftigten _____

● Ich erkläre, dass

für den Leistungszeitraum lt. vorliegendem Antrag:

- keine Leistung in Abweichung der geltenden Bestimmungen im Bereich des Lohnausgleichs beantragt worden ist
- eine Leistung in Abweichung der geltenden Bestimmungen im Bereich des Lohnausgleichs beantragt worden ist, und zwar bei der Region _____ am _____
- keine Solidaritätsverträge gemäß Art. 5, Abs. 5 des GD Nr. 148/1993 i.d.g.F. von Gesetz Nr. 236/1993 abgeschlossen worden sind
- Solidaritätsverträge gemäß Art. 5, Abs. 5 des GD Nr. 148/1993 i.d.g.F. von Gesetz Nr. 236/1993 abgeschlossen worden sind:
Dekret Nr. _____ Jahr _____ Euro _____ (die Nr., das Jahr und den gewährten Betrag lt. Dekret des Direktors angeben)

der Betrieb:

- keine staatlichen Fonds/Fonds der Europäischen Union in Anspruch genommen hat
- staatliche Fonds/Fonds der Europäischen Union in Anspruch genommen hat:

Ausbildungszeitraum vom _____ bis _____ Ausbildungsstunden insgesamt _____

Anzahl der Beschäftigten _____

finanzierter Gesamtbetrag Euro _____ ausgezahlt von _____

- die beantragte Finanzierung ist mit anderen Leistungen verbunden: (zutreffende Leistung ankreuzen)
 - ordentliche Zulage
 - expansiver Solidaritätsvertrag
- die gebotene Ausbildung darauf abzielt: (Zutreffendes ankreuzen)
 - das Ausscheiden der Arbeitnehmer vom Arbeitssektor zu verhindern
 - die Wiederbeschäftigung der Arbeitnehmer, die den Sonderlohnausgleich oder das Arbeitslosengeld NASpl beziehen, zu fördern.

● Andere Mitteilungen

Verantwortlichkeitserklärung des Inhabers/gesetzlichen Vertreters des Betriebes, der die ordentliche Zulage beantragt.

In Kenntnis der rechtlichen Folgen für Falscherklärer (Art. 48, 73, 75 und 76 des DPR Nr. 445/2000) erkläre ich, dass die mit diesem Formblatt gelieferten Informationen der Wahrheit entsprechen und dass ich mich verpflichte, dem NISF jede Änderung der angegebenen Daten rechtzeitig mitzuteilen.

Datum _____

Unterschrift des Inhabers/gesetzlichen Vertreters _____

Antrag auf Finanzierung von Ausbildungsprogrammen für die Betriebe des Solidaritätsfonds lt. Art. 26 ff. des GvD Nr. 148/2015 - 3/3

Hinweise zum Datenschutz

im Sinne von Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679

Rechtsinhaber der Datenverarbeitung ist das NISF, mit Sitz in Rom, via Ciriaco De Mita Nr. 21, das Sie darüber informiert, dass die im Rahmen dieses Verfahrens gelieferten personenbezogenen Daten, einschließlich jene laut Artikel 9 und 10 der EU-Verordnung, gemäß den Bedingungen und Beschränkungen laut EU-Verordnung und gesetzestretendem Dekret Nr. 196 vom 30. Juni 2003 i.d.g.F. des gesetzestretenden Dekrets Nr. 101 vom 10. August 2018 behandelt werden. Dies erfolgt zwecks Antragsbearbeitung und zur Ausübung der eventuellen anderen damit verbundenen institutionellen Funktionen oder zur Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen. Ihre personenbezogenen Daten können mit informatischen, händischen und telematischen Instrumenten, die strikt auf die Zielsetzungen der Datenerhebung ausgerichtet sind, verarbeitet werden, und zwar unter Wahrung der Sicherheit und Vertraulichkeit, jedenfalls unter Beachtung der Anweisungen gemäß Artikel 5 bis 11 der EU-Verordnung. Die Verarbeitung wird von eigens befugtem und ausgebildetem NISF-Personal durchgeführt. Nur in Ausnahmefällen können Ihre personenbezogenen Daten auch anderen Trägern, die besondere Dienste und Tätigkeiten im Auftrag des NISF verrichten, mitgeteilt und von diesen verarbeitet werden. Diese handeln als vom NISF ernannte Verantwortliche oder Befugte unter Wahrung und zweckdienlicher Einhaltung der EU-Verordnung. In den von den Gesetzesbestimmungen bzw. Verordnungen (sofern gesetzlich festgelegt) vorgesehenen Fällen und den von diesen bestimmten Beschränkungen, kann das NISF die personenbezogenen Daten anderen öffentlichen bzw. privaten Trägern mitteilen. Es handelt sich dabei um autonome Rechtsinhaber der Datenverarbeitung, die ausschließlich zum Zweck der erfolgten Datenmitteilung handeln. Die gelieferten Daten können nur dann weitergeleitet werden, sofern dies ausdrücklich von einer Gesetzesbestimmung bzw., falls gesetzlich vorgesehen, von einer Verordnung geregelt ist. Die Mitteilung der nicht mit Sternchen versehenen Daten ist obligatorisch, da dies von Gesetzen, Verordnungen oder EU-Bestimmungen vorgesehen ist, welche die Leistung und die damit verbundene Einhaltung der Verpflichtungen regeln. Die Datenunterlassung kann die Akterledigung verhindern bzw. verlangsamen, wobei dies in einigen, von den einschlägigen Bestimmungen vorgesehenen Fällen auch zur Anwendung von Strafgeldern führen kann. Einige vom NISF gemäß den obgenannten Zwecken durchgeführten Verarbeitungen können die Übermittlung der personenbezogenen Daten an Drittländer (EU- u./od. Nicht-EU-Staaten) vorsehen. Sollte dies erforderlich sein, garantiert das NISF die Einhaltung der obgenannten EU-Verordnung (Art. 45) und übermittelt die Daten also nur jenen Staaten, die einen angemessenen Sicherheitsstandard bieten. In den vorgesehenen Fällen sind Sie jederzeit berechtigt, sich der Datenverarbeitung zu widersetzen und vom NISF Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten zu erhalten, um hierbei die Berichtigung oder Löschung der Daten bzw. die Einschränkung der Datenverarbeitung zu beantragen (Artt. 15ff. der Verordnung). Der diesbezügliche Antrag ist beim NISF über den Verantwortlichen des Datenschutzes einzureichen, an: INPS – Responsabile della protezione dei dati, Via Ciriaco De Mita, 21, 00144, Roma; PEC-Adresse: responsabileprotezionedati.inps@postacert.inps.gov.it. Sollten Sie erachten, dass das NISF bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die EU-Verordnung verstoßen hat, können sie entweder beim Datenschutzbeauftragten (Art. 77 der EU-Verordnung) oder beim Gericht (Art. 79 der EU-Verordnung) Beschwerde einlegen. Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und zu Ihren Rechten finden Sie auf der Website des Instituts www.inps.it, unter „Informazioni sul trattamento dei dati personali degli utenti dell'INPS, ai sensi degli articoli 13 e 14 del Regolamento (UE) 2016/679“ (Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten der NISF-Versicherten, im Sinne der Artikel 13 u. 14 der Verordnung (EU) 2016/679) oder auf der Website des Datenschutzbeauftragten www.garantepriacy.it.